

Kurs halten in schwierigen Zeiten: auch weiterhin

Haushaltsrede von Stadtrat Walter Aeugle, Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion, in der Sitzung des Gemeinderats der Großen Kreisstadt Kirchheim unter Teck am 17.11.2004

Frau Oberbürgermeisterin, Herr Bürgermeister, Herr Stadtkämmerer, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

Manfred Rommels gesammelten Gedichten kann man entnehmen, wie man als gebildeter Mensch am besten mit finanziellen Problemen umgeht. In seinem Gedicht ‚Lob der Lyrik‘ reimt er:

Meine Gelder sind dahin,
ich tröst' mich jetzt mit Hölderlin.
Immer wenn die Lage schwierig,
greif' ich rasch zur deutschen Lyrik!

Was aber den Privatmann tröstet, tröstet den Kommunalpolitiker noch lange nicht. Vermutlich wohl gegen Ende seiner Amtszeit dichtete der Oberbürgermeister Rommel relativ pessimistisch einen Zweizeiler mit dem Titel ‚Nostalgie‘:

Die guten Jahre sind vorüber,
wären sie vor mir, wär's mir lieber!

Auch wenn wir's nicht so prägnant formulieren können: genau zum gleichen Ergebnis kommen die meisten von uns auch, wenn sie die Entwicklung unseres Haushalts in den letzten Jahren betrachten. Es war dennoch richtig, dass die Oberbürgermeisterin und der Stadtkämmerer in ihren HH-Reden darauf verzichtet haben nostalgisch zu werden oder sich am allgemeinen Jammern zu beteiligen, sondern dazu aufgerufen haben die Potenziale unserer Stadt zu nutzen und die Probleme mit Zuversicht anzugehen.

Denn wir müssen die Dinge leider so nehmen, wie sie sind. Auch noch so lautes Lamentieren ändert ja nichts daran, dass uns Bund, Land und Landkreis immer massiver und ungenierter in den Geldbeutel greifen und einen ausgeglichenen HH immer schwieriger machen - und vieles ist dabei absolut nicht in Ordnung, wenn man an die Kürzungen der Landesregierung beim kommunalen Finanzausgleich denkt (fast 1 Mrd. Euro von 2004 - 2006) oder daran, dass das Land die Mittel, die es durch Hartz IV beim Wohngeld spart, immerhin 132 Mio. Euro, nur zum geringen Teil (33 Mio) an die Kommunen weitergibt oder an die völlige Streichung der Zuschüsse für

die Schulsozialarbeit oder an die rabiaten Kürzungen bei der Sportförderung - und dabei klammheimlich erwartet, dass die Kommunen, die selbst finanziell am Stock gehen, dies alles ausgleichen.

Ob die Verwaltungsreform tatsächlich kostenneutral umgesetzt wird und die ‚Effizienzrendite‘ von 20% erbringt, scheint nicht nur mir eher fraglich. Falls es nicht gelingt, zahlen den Abmangel die Städte und Gemeinden via Kreisumlage, denn - im Gegensatz zum Bund bei Hartz IV - hat das Land bei der Verwaltungsreform keine ‚Revisionsklausel‘ vorgesehen.

Die eben schon erwähnten Kreisumlage wird 2005 sicher endgültig den Eintrag ins Guinness-Buch schaffen: mit plus/minus 14 Mio kassiert sie unser gesamtes Gewerbesteueraufkommen ab und dazu noch die Hälfte der Grundsteuer B! Ich verzichte darauf anhand von Beispielen aufzuzeigen, was man mit einem Punkt Kreisumlage (gleich ca. 306 000 Euro) alles tun könnte, oder gar mit zwei oder drei, z. B. im Bereich der Wirtschaftsförderung, der Schulen, des Stadtmarketings, der Kultur, der Jugendarbeit - es wäre jedenfalls eine ganze Menge!

In den nächsten Monaten wird es im Kreistag wieder ein heftiges Tauziehen geben und zunächst auch keine Zustimmung zu einer weiteren Erhöhung. Am Ende wird jedoch der Kreistag wieder einknicken bzw. einknicken müssen, denn sonst kommt der Herr Regierungspräsident und setzt sie fest oder schickt den Staatskommissar. Denn der astronomische Hebesatz ist ja durchaus solide begründet: seine Ursachen liegen in den dramatisch steigenden Kosten für soziale Leistungen, die alle gesetzlich festgelegt sind, und der gleichzeitig zurückgehenden Steuerkraft bei Städten u. Gemeinden!

84% des gesamten Kreisumlageaufkommens werden für die soziale Sicherung aufgewendet: das sind 133 von 158 Mio Euro. Und weil der Kreis daneben ja auch noch ein paar andere Aufgaben hat, wird die Stadt Kirchheim am Ende wohl nicht ein oder zwei Punkte Kreisumlage mehr zur eigenen Verfügung haben, sondern noch zwei Punkte weniger, denn der Kreiskämmerer braucht ja mindestens 46,9 Prozent und nicht nur, wie von der Verwaltung bereits in den HH eingearbeitet, 45. Das sind weitere 580 000 Euro, die wir vermutlich weniger haben werden im nächsten HH-Jahr.

Es gäbe noch viele andere Beispiele. Sie zeigen alle in die gleiche Richtung: wir erleben eine dramatische Krise der öffentlichen Finanzen auf allen Ebenen und wir können die Standards, die in guten Zeiten und in bester Absicht geschaffen wurden, bereits heute und erst recht in der Zukunft nicht mehr aufrecht erhalten - und dies gilt für den sozialen Bereich genauso wie für die bauliche Infrastruktur, ob über oder unter der Erde.

Ein eindringliches Beispiel dafür war das von der Verwaltung in der letzten Sitzungsrunde eingebrachte Modernisierungs-/Sanierungs- und Unterhaltungsprogramm über insgesamt 65 Mio Euro. Dasselbe Programm wurde uns auch schon vor 4 Jahren vorgestellt. Es waren auch genau 65 Mio - damals allerdings noch DM!! Eine Kosten-Verdoppelung in 4 Jahren. Wir werden das aktuelle Programm genauso wenig bewältigen können wie das alte, was jedoch nicht unbedingt den Offenbarungseid der Stadt Kirchheim darstellt, wie der Kollege Gerber meinte, sondern die schlichte Unmöglichkeit, unsere bestehende Infrastruktur mit den

uns noch verbliebenen finanziellen Möglichkeiten auf dem bisherigen Niveau zu erhalten. Weiterer Substanzverlust wird die zwangsläufige Folge sein.

Wir beantragen bis Mitte nächsten Jahres die Vorlage eines überarbeiteten Modernisierungs- und Sanierungsprogramms, das aufzeigt, was dringend und was weniger dringend ist und das ab dem HH-Plan 2006 in die Finanzplanung eingearbeitet ist. (Antrag 1) Wir beantragen außerdem, dass dem TA im Laufe des nächsten Jahres die Objekte (Gebäude, Straßen, Grünflächen), die nach Meinung der Verwaltung am dringendsten zu sanieren sind, vor Ort gezeigt werden. Ein Anfang wurde bei der Besichtigungstour am letzten Freitag gemacht. (Antrag 2)

Die Oberbürgermeisterin hat in ihrer HH-Rede dargelegt, dass sich die Erstellung des Haushalts 2005 an den drei Leitlinien "Sparen, Schieben und Schwerpunkte setzen" orientierte. Da dies die einzigen Gestaltungsmöglichkeiten sind, die uns unter den gegenwärtigen Voraussetzungen noch verbleiben, war dies sicher richtig und wir sehen dazu auch keine Alternative.

Was das Sparen angeht, hat die Oberbürgermeisterin zurecht darauf hingewiesen, dass die Stadt dies bei den Personalausgaben seit jeher tut und dies auch jedes Jahr aufs Neue nicht nur vom Bund der Steuerzahler bestätigt bekommt. Wir sollten aber nicht vergessen, dass die Stadt auch Dienstleister ist und die Bürger zurecht erwarten, dass ihre Anliegen gründlich und auch in angemessener Zeit bearbeitet werden. Eine knappe Personalpolitik, zu der mittlererweile noch Wiederbesetzungssperren kommen, bedeutet eine erhebliche Belastung für die städtischen Mitarbeiter; in manchen Bereichen ist es wohl bereits eine Überlastung geworden, wie die übereinstimmenden Beschwerden der Schulleiter im letzten Kultur- und Schulausschuss über die nicht ausreichenden Arbeitszeiten der Schulsekretärinnen deutlich gemacht haben. Wir sind der Meinung, dass der Personalbereich für weitere Sparmöglichkeiten ziemlich ausgereizt sein dürfte.

Dagegen scheinen uns in anderen Bereichen durchaus noch Sparmöglichkeiten vorhanden zu sein - zum Beispiel bei den Beschaffungen. Ich will hier beispielhaft nur den Rasenmäher für das Freibad für 60 000 Euro erwähnen oder den Friedhofsbagger mit 97 000 Euro, der als Ersatz für den im Jahr 1998 angeschafften im HH steht oder den Vollwärmeschutz für das Haus der Vereine in Ötlingen für 70 000 Euro - der allerdings nicht zu den Beschaffung gehört, sondern zum Sammelnachweis 5008. Wir beantragen die Streichung dieser Position bzw. einen Sperrvermerk bis geklärt ist, ob mit dem Einsatz von 70 000 Euro nicht an anderer Stelle eine bessere Amortisation erzielt werden kann. (Antrag 3)

Im Sammelnachweis 5008 stehen u. a. auch 20 000 Euro für die Renovierung von Alleenstr. 92. Wir beantragen, diesen Betrag zu streichen und das Haus zum Verkauf auszuschreiben. (Antrag 4) Die alte Sporthalle am LUG soll eine Eingangstür für 25 000 Euro erhalten, das Bürgerbüro einen Spültisch für 2 000 Euro, die Freihof-Tiga neue Markierungsstreifen für 10 000 Euro, die laufende Unterhaltung unserer Brunnen lassen wir uns 33 000 Euro kosten usw. usw. Es stehen in diesem Sammelnachweis auch viele, im einzelnen relativ kleine Pauschalbeträge für laufende Unterhaltung und Wartung, die sich aber insgesamt auf ca. 350 - 400 000 Euro aufsummieren.

Wir vermuten bei diesen und anderen Beispielen noch einige Luft und auch unserer finanziellen Situation nicht mehr angemessene Standards und beantragen, noch vor Verabschiedung des Haushalts, im nächsten TA einen speziellen TOP, indem die Verwaltung die Notwendigkeit und die Angemessenheit dieser - und anderer - Positionen erläutert. (Antrag 5)

Die Idee der Verwaltung für ein Gebäudemanagement halten wir für äußerst sinnvoll und unterstützen sie. Dies wird auch den Energiebereich mit einbeziehen müssen. Auch hier bestehen unserer Ansicht nach immer noch erhebliche Sparpotenziale. Der Energiebericht, der bis 1997 dem Gemeinderat regelmäßig alle 2 Jahre vorgelegt wurde, ist sanft entschlafen - und nicht einmal die Grünen haben es bemerkt! Wir beantragen dem Gemeinderat Anfang 2005 einen Energiebericht mit den neuesten Verbrauchszahlen und -kosten aller öffentlichen Gebäude vorzulegen. Es wird dann auf dieser Basis zu diskutieren sein, ob mit der Abarbeitung des K&L-Gutachtens wirklich alle Energie- und Kosteneinsparmöglichkeiten bei der Stadt ausgeschöpft sind. Wir glauben dies nicht! Schließlich ist es ja auch so, dass sich mit dem steilen Anstieg der Energiepreise in der letzten Zeit auch neue Voraussetzungen in Bezug auf Amortisationszeiten ergeben, weil sich Investitionen ins Energiesparen dadurch schneller rechnen. (Antrag 6)

Die Nürtinger Energiewoche, die unsere Nachbarstadt in den letzten Tagen veranstaltet hat, betrachten wir als eine äußerst nachahmenswerte Aktion. Wir beantragen, eine solche auch in Kirchheim zu veranstalten, denn beim Thema Energie ist Handlungsbedarf gegeben, aus ökologischen Gründen (Stichworte ‚Klimawandel‘ und ‚Ressourcenknappheit‘) und vor allem auch wegen der in allen Bereichen erheblichen steigenden Kosten. (Antrag 7)

Auch bei den Umlagen sehen wir Handlungsbedarf: die Betriebskostenumlage, die die Stadt an das GKW Wendlingen zu zahlen hat, erhöht sich im HH-Jahr 2005 um 210 700Euro (= + 12,2%) gegenüber 2004. Im Erfolgsplan des GKWs erhöht sich die Umlage zur Deckung des laufenden Betriebs- und Verwaltungsaufwandes von 2003 (Rechnungsergebnis) zu 2005 (Planansatz) um 58%, was nur zum Teil auf die steigende Abwasserabgabe zurückzuführen ist. Diese Kostensteigerung hat Auswirkungen auf die Abwassergebühren, die nach der neuesten Gebührenkalkulation um sage und schreibe 24% steigen. Wir bitten die Verwaltung um Auskunft über die genauen Gründe und die Auswirkungen auf den Abwasserpreis (pro m³) in Kirchheim. (Antrag 8)

Die Zuwendungen an Vereine und Verbände belaufen sich, wie im letzten Jahr, auf ca. 2,6 Mio Euro. Wir wissen durchaus, dass diese sog. "Freiwilligkeitsleistungen" ein großes Potenzial an ehrenamtlichem Engagement freisetzen und in Gang halten, das einen wesentliche Teil unserer Stadtqualität ausmacht. Aber es führt in finanziell schwierigen Zeiten kein Weg daran vorbei, alle von der Stadt gewährten Leistungen immer wieder auf den Prüfstand zu stellen, um zu sehen, ob sie noch erforderlich sind und ob wir damit noch die Ergebnisse erzielen, die wir ursprünglich wollten. Wir beantragen deshalb erneut, wie schon bei den HH-Beratungen 2003, alle „Freiwilligkeitsleistungen“ bis zum 31.12.2005 auslaufen zu lassen. Neue Zuschüsse sind zum 30.6.2005 neu zu beantragen und zu begründen. (Antrag 9)

Parallel zum Sparen müssen alle Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung ausgeschöpft werden, wo dies angemessen und geboten ist. Herr Zlotnik hat dazu im

Rahmen des Schlussberichts über die Jahresrechnung 2002 (FIVA 21.07.2004) eine ganze Reihe von Vorschlägen hinsichtlich ungenutzter Einnahmepotentiale gemacht - z. B. bei den Entgelten für die außerschulische Nutzung von Schul-räumen und Sporthallen. Wir bitten im Rahmen des HH-Konsolidierungs-ausschusses um einen Bericht, welche Einnahmeverbesserungen die Verwaltung in diesem - und anderen - Bereich(en) als möglich ansieht. (Antrag 10)

Für den Erwerb von Grundstücken stehen insgesamt 2,3 Mio im HH, davon 500 000 Euro für Grundstückskäufe in der Ötlinger Halde. Wir beantragen diese Mittel für das nächste Jahr zu streichen. Die Bebauung in der Ötl. Halde entwickelt sich wesentlich langsamer als ursprünglich gedacht. Aufgrund des Ausstiegs der LEG wird sich dies weiter verzögern. Es besteht von daher keine dringende Notwendigkeit für weiteren Grunderwerb im nächsten Jahr. (Antrag 11)

Wir stellen im übrigen beim Erwerb von Grundstücken grundsätzlich die Frage, ob wir es uns überhaupt noch leisten können erhebliche Mittel für Grunderwerb im HH zu binden und ob nicht Grundstückserschließungen durch Erschließungsträger wie im Leiblensbett und im Münzen die für die Stadt bessere und kostengünstigere Lösung sind. Wir beantragen dies in Bezug auf die im nächsten Jahr geplanten Grundstücksaufkäufe aufzuzeigen. (Antrag 12)

Das Schieben von Investitionen, und auch von Sanierungsmaßnahmen, war neben dem Sparen die zweite Leitlinie der Verwaltung, um einen halbwegs akzeptablen Haushalt zusammenzubringen. Wir tragen sie mit, auch wenn wir bei unterlassenen oder zu lange geschobenen Sanierungen nur kurzfristig „sparen“, am Ende jedoch mehr Geld und Substanz verlieren. Trotz Wechsel an der Verwaltungsspitze gilt weiterhin: "Der arme Mann lebt teuer" - und leider auch die arme Frau!

Bei der Nord-West-Tangente steht zu befürchten, dass sie bis auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben werden muss: wir halten sie nach wie vor für absolut notwendig, aber wir sehen immer weniger die Möglichkeit sie auch zu finanzieren. Wir halten es auf jeden Fall für richtig, das Planfeststellungsverfahren im nächsten Jahr einzuleiten und wenn möglich auch abzuschließen. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für eine spätere Realisierung, falls die Verhältnisse doch irgendwann einmal wieder besser werden sollten.

Bei der Gießnauhalle sind wir der Ansicht, dass das Schieben zu teuer wird. Durch Gespräche mit den Beteiligten ist uns klar geworden, dass das im Juni im TA vorgestellte, ausgesprochen gelungene Konzept, in Gefahr gerät, nicht mehr verwirklicht werden zu können, wenn sich das Projekt weiter verzögert. Wir beantragen die für dieses Jahr bereit gestellte Planungsrate von 100 000 Euro erneut in den HH 2005 einzustellen und die Finanzierung der Baumaßnahme für die Jahre 2006 und 2007 vorzusehen. (Antrag 14) Im übrigen hat uns - wieder einmal - beeindruckt, wie groß das bürgerschaftliche Engagement in Vereinen und Kirche in Nabern ist. Auch dieses möchten wir nicht beeinträchtigen oder gar gefährden durch ein weiteres Hinausschieben der Baumaßnahme.

Ich habe bei meiner HH-Rede im letzten Jahr gesagt, dass in Zeiten knapper Kassen Konzentration auf die wesentlichen Aufgaben notwendig ist und dass für uns deshalb alle Bereiche, die mit Kinder und Jugendlichen zu tun haben, Priorität haben. Dies ist auch weiterhin richtig. Der Herr Stadtkämmerer hat in seiner HH-Analyse zurecht

darauf hingewiesen, dass die gesellschaftlichen Veränderungen (Stichworte: hohe Scheidungsziffern, immer mehr Ein-Eltern-Familien, d.h. Alleinerziehende, Wunsch von Frauen Beruf und Familie zu vereinbaren etc.) Maßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendbetreuung geradezu erzwingen. Wir unterstützen alle Maßnahmen und Projekte, die die Oberbürgermeisterin in ihrer HH-Rede genannt hat. Wir vermissen aber dabei das Thema Betreuung von Kleinkindern. Schon in der HH-Rede 2003 haben wir auf die erheblichen Defizite in diesem Bereich hingewiesen, insbesondere in Baden-Württemberg und Bayern. Nach einem Bericht der Stuttgarter Zeitung vom 29.10.2004 gibt es bei uns für nicht einmal 3% der Kleinkinder Tagesbetreuungsangebote. In den neuen Bundesländern und den meisten europäischen Ländern sind es 40 bis 50%. Der Bundestag hat vor kurzem das Tagesbetreuungsausbaugesetz beschlossen, das zum Ziel hat, die Zahl der Betreuungsplätze zu erhöhen. Wir sind der Meinung, dass dies auch in Kirchheim notwendig ist und beantragen einen Bericht über die gegenwärtig vorhandenen Angebote und die geplanten Maßnahmen, um das von der Bundesregierung bis 2010 angestrebte Niveau von 20% zu erreichen. (Antrag 15)

Im HH 2005 sind 15 000 Euro eingestellt für die Erarbeitung eines Spielleitplans, der ein Schritt auf dem Weg zu einer kinder- und jugendfreundlichen Stadt sein soll. Mit dem Ziel sind wir absolut einig, beim Weg haben wir das Problem, dass wir uns fragen, ob nicht zunächst geklärt werden müsste, was denn genau eine kinder- und jugendfreundliche Stadt ausmacht und ob wir denn nicht bereits schon eine sind - und erst danach Maßnahmen ergriffen werden - falls erforderlich. Eine gute Vorarbeit dazu wurde am letzten Wochenende beim Agenda-Forum ‚Familienfreundliches Kirchheim‘ gemacht. Wir beantragen, wie schon letztes Jahr, eine Bestandsaufnahme zum Thema ‚Kinder- und jugendfreundliches Kirchheim‘ und regen an, den Spielleitplan erst danach zu erarbeiten. (Antrag 16) Erhebungen des Statistischen Landesamtes zufolge (Teckbote vom 5. Okt. 2004) wachsen 8% der Kinder u. Jugendlichen im Land (insges. 170 000) in Armut auf. Wir sind der Ansicht, dass wir die Verhältnisse, in denen die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt leben, genau kennen sollten und beantragen einen Bericht über die Verhältnisse in Kirchheim. (Antrag 17)

Thema Hallenbad: Wir haben einen langen und teuren Planungsprozess hinter uns und wir haben uns durch sehr optimistische Besucherprognosen und auch durch einigermaßen blauäugige Einschätzungen in Bezug auf den Nutzen von PPP-Modellen auf einen Weg locken lassen, der aller Wahrscheinlichkeit nach mit zu großen Risiken behaftet gewesen wäre. Insofern hat sich unsere, bei der HH-Rede im letzten Jahr geäußerte Skepsis, leider bestätigt. Wir sind allerdings nach wie vor der Meinung, dass eine Große Kreisstadt ein Hallenbad braucht - nicht zuletzt auch wegen der Schulen. Die jetzt gefundene und im September vorgestellte Alternativplanung geht unserer Meinung nach in die richtige Richtung. In Bezug auf öffentliche oder private oder öffentlich-private Lösungen bei Bau und Betrieb sind wir offen: es soll die für die Stadt kostengünstigste Lösung zum Zug kommen! Für den weiteren Planungsprozess regen wir an den von Herrn Riemer in seiner Vorstellungsrede geäußerten Vorschlag aufzugreifen eine Projektgruppe aus Mitgliedern des Gemeinderats, der Verwaltung und künftigen Nutzern einzurichten.

Die Wirtschaftsförderung ist im Lauf des Jahres zu einem weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit geworden: auch wenn viele Städte immer noch gern unsere Probleme hätten, lässt sich nicht übersehen, dass sie auch bei uns größer geworden sind. Zwar

gehören wir nach wie vor zu einer der wirtschaftsstärksten Regionen in Deutschland mit den bundesweit niedrigsten Arbeitslosenzahlen, aber die Zeichen an der Wand nehmen auch bei uns zu! GMA-Gutachten und Wirtschaftsförderungsreport haben aufgezeigt, dass die Zahl der sozial-versicherungspflichtig Beschäftigten in Kirchheim zurückgeht - im Gegensatz zu umliegenden Städten vergleichbarer Größe - und dass sie seit 1995 im produzierenden Gewerbe dramatisch zurückgegangen ist. Diese Arbeitsplätze, von denen die Sozialsysteme abhängen, werden bei uns immer weniger und die neu entstehenden Jobs im Dienstleistungsbereich sind dafür kein adäquater Ersatz.

Es ist deshalb eine ausgesprochen gute Nachricht, dass in der letzten Woche die Arbeitsplätze bei Siemens wenigstens für die nächsten 3 Jahre gesichert werden konnten und Siemens am Standort Kirchheim bleibt, allerdings auf sehr viel niedrigerem Niveau als früher und unter sehr großen Zugeständnissen der Belegschaft. Es war deshalb notwendig und richtig, dass wir damit begonnen haben, die Probleme aufzugreifen und sie aktiv anzugehen. Aufgrund unserer vielfältigen Potentiale und Standortqualitäten haben wir gute Chancen uns im Wettbewerb zu behaupten. Die Einrichtung des Wirtschaftsbeirats hat bereits nach kurzer Zeit zu einem Stimmungsumschwung und zu einem konstruktiveren Miteinander zwischen Wirtschaft und Stadt geführt. Mit dem im Oktober einstimmig beschlossenen Handlungsprogramm ‚Wirtschaftsförderung 2004plus‘ geht es jetzt in die praktische Umsetzung des bisher Erarbeiteten. Wir halten den eingeschlagenen Weg für richtig und sind dafür ihn weiterzugehen - insbesondere auch in Bezug auf die für 2006 avisierte Institutionalisierung der Wirtschaftsförderung in einer noch zu klärenden Organisationsform.

„Der Haushalt ist der Nerv des Staates. Daher muss er den profanen Augen der Untertanen entzogen werden“, war die Meinung Richelieus, des Finanzministers Ludwigs XIV. - Dass der Haushalt der Nerv des Staates ist, stimmt nach wie vor. Aber in Bezug auf den zweiten Teil muss in der Demokratie das genaue Gegenteil gelten. Weil der Haushalt so wichtig ist für das Gemeinwesen, muss er offengelegt gegenüber den Bürgern, gerade in finanziell schwierigen Zeiten, damit diese sehen, wie ihre Gelder verwendet werden, was noch geht und auch was nicht mehr geht. Wir beantragen nochmals, wie auch schon 2003, die Einrichtung eines kommunalen Bürgerhaushalts, mit der die Inhalte des Haushalts - und auch notwendige Einschränkungen - transparenter gemacht werden. Die Bertelsmann-Stiftung hat dazu eine Reihe von Vorarbeiten gemacht und es liegen auch Erfahrungen anderer Städte vor. Wir regen an, darauf zurückzugreifen. (Antrag 18) Wir beantragen außerdem neue Formen der Bürgerbeteiligung in Kirchheim zu erproben und einzuführen in Anlehnung an das Vorgehen unserer Nachbarstadt Nürtingen, die auf Erfahrungen der Stiftung ‚Mitarbeit‘ aufbauen. (Antrag 19)

Ich komme zum Schluss: trotz aller Probleme, die wir haben, besteht kein Grund zum Verzweifeln. Wir haben das große Glück der Neckarwerksaktienrückkäufe, weshalb sich unsere Schulden und damit auch unsere Zinszahlungen noch in einem erträglichen Rahmen halten und wir haben nach wie vor relativ hohe Rücklagen. Natürlich kann niemand auf Dauer von der Substanz leben, aber wir sind der Meinung, dass man es zur Not ein- oder zweimal tun kann, wenn man die Hoffnung hat, dass es auch mal wieder besser hat. Wir haben sie, und die Verwaltung hat sie offenbar auch, denn sie hat in der Finanzplanung dargelegt, dass wir ab 2007 wieder eine positive Zuführung erreichen können. Und zumindest im Bereich der Gewerbesteuer scheint es

tatsächlich etwas besser zu werden, zumindest insoweit, als wir uns so langsam wieder früheren Werten nähern. Im übrigen ist der Herr Stadtkämmerer bekanntermaßen ein vorsichtig kalkulierender Mensch, der stets bestrebt ist auf der sicheren Seite zu bleiben - weshalb es am Ende häufig etwas besser kommt als ursprünglich prognostiziert. Der Verlauf des HH-Jahres 2003 war nicht das einzige Beispiel dafür in den letzten 20 Jahren.

Vielleicht hat Manfred Rommel mit seinem ‚Lob der Lyrik‘ doch recht: wenn die Gelder sind dahin, gibt es Trost bei Hölderlin. Der wusste bekanntlich: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch!“ - Es wird jedoch nicht von selbst wachsen, wir müssen etwas dafür tun! Packen wir's gemeinsam an!

Im Namen der SPD-Gemeinderatsfraktion möchte ich mich bedanken bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit - der Frau Oberbürgermeisterin bekunden wir unseren Respekt für den gelungenen Umstieg und Einstieg in das neue Amt unter erheblich erschwerten Bedingungen. In Frankreich sagt man in solchen Fällen: chapeau!

Anlage: Anträge der SPD-Fraktion zum HH-Planentwurf 2005

- 1.) Wir beantragen bis Mitte nächsten Jahres die Vorlage eines überarbeiteten Modernisierungs- und Sanierungsprogramms, das aufzeigt, was dringend und was weniger dringend gemacht werden muss und das ab dem HH-Plan 2006 in die Finanzplanung eingearbeitet ist.
- 2.) Wir beantragen außerdem, dass der TA im Laufe des nächsten Jahres die Objekte (Gebäude, Straßen, Grünflächen), die nach Meinung der Verwaltung am dringendsten zu sanieren sind, vor Ort besichtigt. Besichtigungen von vergleichbaren Objekten sollten u. E. auch bei aktuell anstehenden Bauprojekten (Freihof-RS, Gießnau-Halle, Hallenbad u. a.) häufiger durchgeführt werden.
- 3.) Wir beantragen die Streichung der 70 000 Euro für die Vollwärmeschutzmaßnahme im Haus der Vereine in Ötlingen bzw. diese Position mit einem Sperrvermerk zu versehen bis geklärt ist, ob mit dem Einsatz von 70 000 Euro nicht an anderer Stelle eine bessere Amortisation erzielt werden kann.
- 4.) Wir beantragen, die 20 000 Euro für die Renovierung von Alleenstr. 92 zu streichen und das Haus zum Verkauf auszuschreiben.
- 5.) Wir beantragen noch vor Verabschiedung des Haushalts im nächsten TA im Dez. 2004 einen speziellen TOP, in dem die Verwaltung die Notwendigkeit und die Angemessenheit diverser Positionen im Sammelnachweis 5008 genauer erläutert.
- 6.) Wir beantragen dem Gemeinderat Anfang 2005 einen Energiebericht mit den neuesten Verbrauchszahlen und Verbrauchskosten aller öffentlichen Gebäude vorzulegen.
- 7.) Die Nürtinger Energiewoche betrachten wir als eine äußerst nachahmenswerte Aktion. Wir beantragen eine solche auch in Kirchheim im Laufe des Jahres 2005 durchzuführen.

8.) Die Betriebskostenumlage, die die Stadt an das GWK Wendlingen zu bezahlen hat, erhöht sich im HH-Jahr 2005 um 210 700 Euro (= + 12,2%) gegenüber 2004. Im Erfolgsplan des GWKs erhöht sich die Umlage zur Deckung des laufenden Betriebs- und Verwaltungsaufwandes von 2003 (Rechnungsergebnis) auf 2005 (Planansatz) um 58%. Dies ist nur zum Teil auf die steigende Abwasserabgabe zurückzuführen. Diese erheblichen Kostensteigerung haben Auswirkungen auf die Abwassergebühren. Wir bitten die Verwaltung um Auskunft über die genauen Gründe und die Auswirkungen auf den Abwasserpreis in Kirchheim.

9.) Wir beantragen alle „Freiwilligkeitsleistungen“ bis zum 31.12.2006 auslaufen zu lassen. Neue Zuschüsse sind bis zum 30.6.2005 neu zu beantragen und zu begründen.

10.) Bericht (Im HH-Konsolidierungsausschuss) über die Möglichkeiten der Einnahmeverbesserung (Bezug FIVA 21.07.2004 - Schlussbericht des RPA über die Jahresrechnung 2002)

11.) Wir beantragen die Streichung von 500 000 Euro für Grundstückskäufe in der Ötlinger Halde.

12.) Wir stellen beim Thema ‚Erwerb von Grundstücken‘ grundsätzlich die Frage, ob wir es uns noch leisten können, erhebliche Mittel für Grunderwerb im HH zu binden und ob nicht Grundstückerschließungen durch Erschließungsträger wie im Leiblensbett und im Münzen die für die Stadt bessere und kostengünstigere Lösung sind. Wir beantragen dies in Bezug auf die im nächsten Jahr geplanten Grundstücksaufkäufe aufzuzeigen.

13.) Grundstückserlöse: Wir beantragen eine Auflistung von HH-Planansätzen und tatsächlichen Erlösen in den letzten 10 Jahren. Begründung: Trotz mehrmaliger Kritik wurden in den Haushaltsplänen der letzten Jahre immer wieder unrealistische Erlöse angesetzt, die kaum je erreicht wurden. Dies widerspricht den Grundsätzen der HH-Wahrheit und -klarheit!

14.) Gießnau-Halle: wir beantragen die bereits für dieses Jahr bereit gestellte Planungsrate von 100 000 Euro erneut für 2005 in den HH einzustellen und die Baumaßnahme in den Jahren 2006 und 2007 zu finanzieren.

15.) Wir beantragen einen Bericht über die vorhandenen Tagesbetreuungsangebote und auf die von der Verwaltung geplanten Maßnahmen, das von der Bundesregierung bis zum Jahr 2010 angestrebte Niveau von 20% zu erreichen.

16.) Wir beantragen - wie schon 2004 - eine Bestandsaufnahme zum Kinderfreundlichen Kirchheim nach dem Muster der Stadt Stuttgart.

17.) Erhebungen des Statistischen Landesamtes zufolge (Teckbote vom 5.10.2004) wachsen 8% der Kinder und Jugendlichen (insges. 170 000) in Baden-Württemberg in Armut auf. Wir beantragen einen Bericht über die genauen Verhältnisse in Kirchheim.

18.) Wir beantragen die Einrichtung eines kommunalen Bürgerhaushalts, mit der die Haushaltsplanung und die Mittelverwendung - und auch notwendige Einschränkungen - transparenter gemacht werden.

19.) Wir beantragen neue Formen der Bürgerbeteiligung in Kirchheim zu erproben und einzuführen in Anlehnung an das Vorgehen unserer Nachbarstadt Nürtingen, die auf Erfahrungen der Stiftung ‚Mitarbeit‘ aufbauen.

20.) Wir beantragen einen Bericht über den derzeitigen Stand der Altenhilfeplanung (Ziele/Inhalte) in Kirchheim sowie über die diversen Modellprojekte in Bayern zum Thema ‚Betreutes Wohnen zu Hause“ / „Simba - Sicherheit im Alter“ und die Möglichkeiten solche Projekte auch in Kirchheim zu erproben und einzuführen.

21.) Wir beantragen die Durchführung eines Jugendforums in Zusammenarbeit mit dem Fachreferat ‚Jugend und Politik‘ der Landeszentrale für politische Bildung.

22.) Wir beantragen den schrittweisen Aufbau eines internetbasierten Stadtinformationssystems, das in einer Datenbank alle öffentlichen Sitzungsunterlagen, die Informationen des Geographischen Informationssystems (GIS) und sonstige Dokumente (z.B. Satzungen) zur Verfügung stellt.